Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.

Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration
des Landes Sachsen-Anhalt
Frau
Grimm-Benne
Turmschanzenstraße 25
39108 Magdeburg

Magdeburger Straße 23
06112 Halle
Fon: 0345-214660
Fax: 0345-2021695

Datum: 03.03.2017

Moratorium Landeskrankenhausplanung – Auswirkungen auf die psychiatrische Versorgung

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wir nehmen Bezug auf den Beschluss der Landesregierung, den Krankenhausplan 2014/15 einmalig um zwei Jahre zu verlängern (veröffentlicht im Ministerialblatt Nummer 38 vom 24.10.2016).

Der Planungsausschuss hatte im Herbst 2016 gegen die Stimmen der KGSAN-Vertreter beschlossen, bereits vorliegenden krankenhausplanerische Anträge der Krankenhäuser ruhend, d.h. in ein sogenanntes „Moratorium", zu stellen. Unsere Kritik an der unveränderten Fortgeltung des Krankenhausplanes bezog sich dabei vor allem auf die unzureichenden Bettenkapazitäten in der Psychiatrie.

Nun hat sich der Landespsychiatrieausschuss mit Schreiben vom 01.03.2017 an Sie gewandt und darauf hingewiesen, dass die Nichtbearbeitung von Anträgen auf Kapazitätserweiterungen die Entwicklung der psychiatrisch-psychotherapeutische, die psychosomatisch-psychotherapeutische sowie die kinder- und jugendpsychiatrische und –psychotherapeutische Versorgung im Land beeinträchtigt. Anders als in der somatischen Medizin wirkt sich nämlich die im Landeskrankenhausplan verankerte Bettenzahl direkt auf die Versorgung und Vergütung in den genannten Bereichen aus. Wie Sie wissen, sind gerade in den psychiatrischen Fachrichtungen steigende Fallzahlen und Auslastungen zu verzeichnen.

Der Landespsychiatrieausschuss fordert, die Probleme in der stationären psychiatrischen Versorgung nicht weiter aufzuschieben und über die vorliegenden Anträge zügig zu entscheiden.

Dieser Forderung schließen wir uns an: Bitte entscheiden Sie jetzt und nicht erst in zwei Jahren über die vorliegenden krankenhausplanerischen Anträge aus dem Psychiatriebereich! Schieben Sie die Probleme, die heute einer Lösung bedürfen, nicht weiter auf!

Wir schlagen vor, dieses Thema in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses am 30.03.2017 zu beraten. Wir stehen auch gern für ein gemeinsames Gespräch mit Ihnen und Vertretern des Landespsychiatrieausschusses zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heelemann
Geschäftsführer